

BROT FÜR DIE WELT ♦ Postfach 10 11 42 ♦ D-70010 Stuttgart

An die Europäische Kommission  
[ec-land-use-change-biofuels@ec.europa.eu](mailto:ec-land-use-change-biofuels@ec.europa.eu)

30. Oktober 2010

**Konsultation zu Indirekten Landnutzungsänderungen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von der EU erstellten Studien lassen keine Zweifel, dass die Landnutzungsänderungen signifikante Auswirkungen haben werden. Die EU muss sich daher der Aufgabe stellen, die durch indirekten Landnutzungsänderungen (ILUC) verursachten Probleme zu lösen. Dies erscheint sowohl aus wissenschaftlicher Sicht wie auch aufgrund unserer Erfahrung erforderlich. Die evangelische Entwicklungsorganisation "Brot für die Welt" ist mit vielen Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika im Gespräch über aktuelle ökologische und soziale Beeinträchtigungen, die der intensive Anbau von Agrarkraftstoffen in ihren Ländern verursacht.

- (1) Grundlegendes Ziel der Erneuerbare Energien Richtlinie der EU (RED) ist die Bekämpfung des Klimawandels und der verstärkte Einsatz Erneuerbarer Energien. Das vorrangige Ziel der Biokraftstoff-Qualitätsrichtlinie (FQD) ist die Senkung der Treibhausgasintensität von Kraftstoffen im Transportbereich in der EU. Beide gesetzliche Maßnahmen sind ein wichtiger Bestandteil des Klimapakets zur Reduktion von Treibhausgasemissionen und zur Erfüllung internationaler Verpflichtungen zur Treibhausgasreduktion.  
Ohne die Berücksichtigung indirekter Landnutzungseffekte werden die auf dem Papier beschriebenen Treibhausgaseinsparungen nicht die Realität widerspiegeln. Denn unter den gegebenen politischen Vorgaben werden durch die steigende Nachfrage nach Biokraftstoffen die Treibhausgasemissionen ansteigen, anstatt zu sinken. Dies untergräbt die Glaubwürdigkeit der EU bei ihrer Klima- und Entwicklungspolitik und dem Schutz der Biodiversität. Daher muss nach unserem Dafürhalten in die Berechnung der Treibhausgasemissionen ein Risikofaktor für jeden Biokraftstoff einbezogen werden, wenn geprüft wird, ob Biokraftstoffe die Bedingungen nach Artikel 17 (2) der RED erfüllen.
- (2) Wenn diese Effekte der Landnutzungsänderung auch als „indirekt“ bezogen auf Agrartreibstoffe bezeichnet werden können, so ist ihre Auswirkung auf die Veränderung in der

Ernährungssicherheit doch sehr „direkt“. Ackerland kann nur für einen Bestimmungszweck verwendet werden: entweder werden Energiepflanzen oder Nahrungsmittel angebaut. Dieser einfache Zusammenhang hat fatale Folgen für die Bevölkerung:

Wie der UN-Sonderbeauftragte für das Menschenrecht auf Nahrung Olivier de Schutter in seinem Bericht an die UN-Generalversammlung im Oktober diesen Jahres deutlich machte, werden viele Menschen in ihrem Zugang zu Land und Wasser als wichtige Produktionsgrundlage beraubt. Jedes Jahr gingen 30 Millionen Hektar verloren: für eine industrielle Verwertung, durch Urbanisierung und Umweltzerstörung.

Erhalten die Menschen in den ländlichen Räumen keine neue Einkommensmöglichkeiten, werden sie entweder andere Flächen suchen (und bspw. Felder in marginalen oder schützenswerten Gebieten bebauen) oder die Landwirtschaft aufgeben und in die Städte abwandern, wo ihnen oft keine Perspektiven geboten werden. Betroffen werden vor allem die verletzlichsten Gruppen; Kleinbäuerinnen und Kleinbauern mit ungesicherten Landtiteln. Auch Gemeinflächen, Wälder und Savannen haben wichtige Funktionen für das Überleben von kleinbäuerlichen Familien, Indigenen, Tierhaltern und Fischern und können nicht einfach als Brachflächen bezeichnet werden.

Schließlich wird das verfügbare Nahrungsmittelangebot auf den lokalen Märkten und die Kaufkraft der Familien bei steigenden Grundnahrungsmittelpreisen ein großes Problem für die Ernährungssicherheit in der Region darstellen. Der Agrarausblick der OECD-FAO prognostiziert, dass bis 2019 die Preise für Nahrungsmittel um 40 Prozent steigen werden, zum Großteil wegen der steigenden Nachfrage nach Bioenergie. Auch die Studie des Joint Research Centres (JRC) kommt zu dem Schluss, dass die EU Biospritpolitik zu einem 6,5-prozentigen Anstieg der Getreidepreise bis zum Jahr 2020 führen könnte. Die EU Preise für Ölsaaten würden um 7% und die von Pflanzenölen um 30% ansteigen. Die Untersuchung von Runge und Senauer (How Biofuels Could Starve the Poor. Foreign Affairs, 2007) kommt zu dem Ergebnis, dass die Steigerung der Lebensmittelpreise pro Prozent zu 16 Mio. zusätzlichen Hungernden führt. Bis 2025 prognostizieren sie ein Anstieg der Zahl der Hungernden auf 1,2 Mrd. Menschen.

Diese sozialen Aspekte der direkten und indirekten Landnutzungsänderungen müssen mehr als bisher vorgesehen bei der Bewertung und Förderung über die Nachhaltigkeitsverordnung berücksichtigt werden.

Diese Probleme müssen sehr ernst genommen werden. Wir fordern daher die Anwendung eines Maßnahmenkataloges mit **robusten** rohstoffbezogenen ILUC-Faktoren noch vor Jahresende, so wie es die gesetzlichen Vorgaben vorschreiben.

Hierbei ist es wichtig:

- dass ein ILUC Faktor in die Formel für die Berechnung der Treibhausgasemissionen aufgenommen wird. Hierbei soll auch das Vorsorgeprinzip gelten. Dies würde dazu führen, dass vor allem Biokraftstoffe zu Einsatz kommen, die einen geringen Landverbrauch verursachen und stärker zum Klimaschutz beitragen.

- dass der Landverbrauch vermindert wird, indem beispielsweise Rest- und Abfallstoffe genutzt werden oder nachhaltige Ertragssteigerungen in bestehenden Anbausystemen erzielt werden, wobei umwelt- und sozialverträgliche Anbaumethoden anzuwenden sind.
- Für die Erzeugung von Biokraftstoffen vor allem Land genutzt wird, das weitgehend ungenutzt oder degradiert ist. Hierbei muss sichergestellt sein, dass dieser Anbau nicht mit der Nahrungsmittelproduktion konkurriert, keine Flächen mit hoher Biodiversität und großem Wert für Umweltleistungen oder für lokale Gemeinschaften hat, und dass Land genutzt wird, das sonst nicht für andere Zwecke benötigt würde.

Wir unterstützen die Forderungen, die am 25. Oktober von den Organisationen Transport & Environment, BirdLife, Client Earth und EEB an die Europäische Kommission gesandt wurden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Klaus Seitz  
Abteilungsleiter Politik und Kampagnen